



Die Franzosen und Europa: Wahrheiten und Überraschungen



Autor : Julien Zalc

Wie denken die Franzosen über Europa? Im Präsidentschaftswahlkampf wurde Europa entweder scharf kritisiert oder mit einem Mantel des Schweigens belegt. Wo liegen die Gründe für diese anti-europäische Haltung? In seiner Analyse zeigt der Autor, dass die Franzosen zwar grundsätzlich pessimistisch sind, dass sie aber bezüglich ihrer Zukunftschancen von einer positiven Entwicklung ausgehen. Die Mehrheit der Befragten ist der Ansicht, dass Europa das beste Instrument zur Überwindung der Krise darstellt und dass mehr Abstimmung und Konvergenz nötig sind. Der Autor stellt darüber hinaus fest, dass die Franzosen sich von den Verantwortlichen in der Politik und in den Medien wünschen, dass diese positiver über Europa sprechen.

[Fortsetzung](#)

Übersicht

Neuigkeiten : deutsch-französische Beziehungen - Wahlen/Europa - Demokratie - Rapport Schuman 2012 - Atlas/EU **Wahlen** : Frankreich - Griechenland - Serbien - Armenien **Finanzkrise** : EZB - Deutschland - Belgien - Spanien - Griechenland - Frankreich - Ungarn - Irland - Niederlande - Großbritannien **Europäischer Rat** : Wachstum **Kommission** : Haushalt - Wirtschaft **Parlament** : Steuern **Rat** : Justiz/Inneres - Landwirtschaft - Kohäsion **Diplomatie** : EU/Asien **Deutschland** : Demographie **Zypern** : Banken **Spanien** : Rezession - Sparpläne - Banken **Italien** : Demographie **Niederlande** : Parlamentsauflösung **Polen** : China **Rumänien** : Regierung **Ukraine** : Affaire/Timoschenko - Fußball **Europarat** : Gleichheit **Rechtsprechung** : Liberia **Eurostat** : Defizit/Verschuldung - Arbeitskosten - Inflation **Berichte/Studien** : Strukturfonds - KMU - Ungarn/Verfassung - Arabischer Frühling **Kultur** : Ausstellung/Venedig - Ausstellung/Kopenhagen

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

"Deutsch-französische Beziehungen als Modellbaukasten?"



Am 3. Mai stellt das deutsch-französische Institut (dfi) in Ludwigsburg in Zusammenarbeit mit dem Goetheinstitut in Paris die aktuelle Studie "Deutsch-Französische Beziehungen als Modellbaukasten?" vor, herausgegeben von Stefan Seidendorf. Die Generaldirektorin der Robert Schuman Stiftung, Pascale Joannin wird sich neben Frank Baasner (dfi) und Joachim Umlauf (Goetheinstitut) an der Debatte beteiligen, die der

2002-2012: Politische Entwicklungen in Europa. 10 Jahre "chroniques électorales"



Wenige Tage vor der 2. Runde der französischen Präsidentschaftswahlen und den griechischen Parlamentswahlen lädt die Robert Schuman Stiftung Sie ein, die aktuelle Studie Corinne Deloys zu lesen, die einen bisher unveröffentlichten Überblick über die politischen Entwicklungen in Europa im Laufe des letzten Jahrzehnts gibt, das von der Dominanz der konservativen Parteien geprägt war.

Die Autorin erläutert die Wiedereroberung der Macht in den europäischen Mitgliedsländern durch die konservativen Parteien und die Hintergründe des Erfolgs (Wiederherstellung von "Leadership", Pragmatismus und die Annahme neuer Herausforderungen). Entsprechend der Analyse der Autorin ist die Dominanz der Konservativen gefährdet angesichts der verbreiteten Ablehnung in der Wählerschaft, dem weiteren Auseinanderklaffen der Gesellschaft und des voranschreitenden Populismus. Die Analyse erscheint in der Reihe "Notes de la Fondation" und ist nur auf französisch erhältlich. Sie kann über die Internetseiten der Stiftung bestellt werden... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#)

Ukraine ignoriert demokratische und rechtsstaatliche Grundwerte



Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht eine Mitteilung, in der sie sich der europäischen Protestbewegung anschließt, die gegen die Behandlung der ehemaligen ukrainischen Premierministerin und aktuellen Oppositionsangehörigen Julia Timoschenko protestiert. Die Stiftung verurteilt die von der ukrainischen Regierung angewandten Methoden, die die elementaren Rechtsstaatsprinzipien verletzen und gegen demokratische Grundsätze verstoßen... [Fortsetzung](#)

Bestellen Sie den "Rapport Schuman sur l'Europe, l'état de l'Union 2012"



Am 25. April plädierte der Präsident der Europäischen Zentralbank, Mario Draghi, vor dem Auswärtigen Ausschuss des Europäischen Parlaments für einen "Wachstumspakt" für Europa. Er sprach sich auch für die Durchführung von Strukturreformen aus. Die Themen Wachstum und Mittel zur Überwindung der Krise stehen im Mittelpunkt des aktuellen "Rapport Schuman sur l'Europe, l'état de l'Union 2012". In seiner 6. (französischen) Ausgabe - und in seiner 3. englischen Ausgabe - äußert sich der ehemalige europäische Zentralbankchef Jean-Claude Trichet in einem Exklusivinterview. Der Rapport enthält 67 Tabellen und Graphiken und 34 farbige Karten, die meisten hiervon erstmals veröffentlicht. Die Autoren laden Sie ein, sämtliche Herausforderungen, vor denen Europa zur Zeit steht, kennen zu lernen. Der Rapport ist auf französisch und englisch erhältlich und kann über die Internetseiten der Stiftung bestellt werden... [Fortsetzung](#)

Aktualisierung der Wirtschaftsdaten auf den Internetseiten des Atlas der Stiftung



Eurostat veröffentlichte am 23. April neueste Daten zum Defizit und zum öffentlichen Schuldenstand der Europäischen Union, zu den 27 Mitgliedsländern und zur Eurozone für das Jahr 2011. Es handelt sich um erste Schätzungen, die im Herbst korrigiert werden könnten. Die Robert Schuman Stiftung hat aufgrund der neuen Angaben ihre Wirtschaftsdaten auf der Internetseite www.atlas-permanent.eu korrigiert, die zum "Atlas permanent de l'Union européenne" gehören, der vor kurzem veröffentlicht wurde und von Jean-Dominique Giuliani und Pascale Joannin herausgegeben wurde, Präsident und Generaldirektorin der Stiftung. Der Atlas kann über die Internetseiten der Stiftung bestellt werden. Bestellen Sie ihn am besten gleich jetzt!.. [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Präsidentschaftswahlen in Frankreich: Analyse eine Woche vor dem 2. Wahlgang

Am 22. April 2012 erreichte der Kandidat der sozialistischen Partei (PS), François Hollande, im 1. Wahlgang der französischen Präsidentschaftswahlen mit 28,63% aller gültigen Stimmen den 1.



Platz, vor dem aktuellen Amtsinhaber Nicolas Sarkozy (Union pour un mouvement populaire, UMP), der auf 27,18% aller Stimmen kam. Beide werden im 2. Wahlgang am 6. Mai gegeneinander antreten. Nach aktuellen Umfrageergebnissen des Instituts TNS Sofres im Auftrag des Senders Itélé vom 27. April wird François Hollande im 2. Wahlgang 55% der Stimmen erhalten, während für Nicolas Sarkozy 45% vorhergesagt werden. Der Wahlkampf läuft auf Hochtouren, es wird um alle unentschlossenen Wähler gekämpft. Das Fernsehduell der beiden Kandidaten am 2. Mai dürfte den Höhepunkt des Wahlkampfs darstellen... [Fortsetzung](#)

Aktuelle Situation in Griechenland eine Woche vor den Parlamentswahlen



Die für den 6. Mai geplanten Parlamentswahlen in Griechenland spiegeln den Zerfall der politischen Landschaft des Landes wider. Insgesamt stellen sich 32 Parteien zur Wahl (+9 im Vergleich zur letzten Wahl im Jahr 2009). Die Mehrheit der Griechen (59%) spricht sich nach den Ergebnissen einer Umfrage des Instituts KAPA Research für die Zeitung Ta Nea vom 20. April für eine Koalitionsregierung bestehend aus Linken und Konservativen aus. 77% der Befragten hoffen, dass die künftige Regierung alles tun wird, damit das Land in der Eurozone bleiben wird. Die größte Sorge der politischen Analysten, aber auch der internationalen Gemeinschaft und der Finanzmärkte ist, dass aus der Wahl kein eindeutiger Gewinner hervorgehen wird und sich die politische Krise auf unbestimmte Zeit verlängern könnte. Eine starke Exekutive ist zur Umsetzung des Rettungsplans und zur Wiedergewinnung eines ausgeglichenen Haushalts und für einen sozialen Frieden unabdingbar... [Fortsetzung](#)

Analyse eine Woche vor den Parlamentswahlen in Serbien (1. Wahlgang)



Am 6. Mai sind 7 Millionen Serben zur Wahl eines neuen Präsidenten (1. Wahlgang) aufgerufen, eines neuen Parlaments (Wahl von 250 Abgeordneten des Parlaments) und zur Wahl der Kommunalvertretungen. Es gibt 12 Kandidaten, die bei den Präsidentschaftswahlen gegeneinander antreten. Nach den letzten Umfrageergebnissen, die das Institut Faktor Plus Ende April veröffentlichte, liegen Tomislav Nikolic (SNS) und der aktuelle Amtsinhaber Boris Tadic (DS) mit 36,1% und 35,7% vorne. Voraussichtlich werden beide im 2. Wahlgang am 20. Mai gegeneinander antreten. Bei den Parlamentswahlen liegt nach aktuellen Umfragen die Fortschrittspartei (SNS) an erster Stelle mit 33,5% der Stimmen, gefolgt von der Demokratischen Partei (DS) mit 28,3% der Stimmen. Nach den Umfrageergebnissen folgt die Sozialistische Partei (SPS) an dritter Stelle mit 11,8% der Stimmen... [Fortsetzung](#)

Parlamentswahlen in Armenien



Neun Parteien treten bei den Parlamentswahlen in Armenien am 6. Mai gegeneinander an. Es handelt sich um die 5 derzeit im Parlament vertretenen Parteien - die Republikanische Partei Armeniens (HHK), Erfolgreiches Armenien (BHK), Revolutionäre armenische Vereinigung (HHD), Vorrang des Rechts (Orinats Erkir, OEK) und die Erben-Partei (Z) - und 4 weitere Parteien: Nationaler armenischer Volkskongress (HAK), die Kommunistische Partei (HKK), die Demokratische Partei und Vereinte Armenier. Nach letzten Umfrageergebnissen liegt die Republikanische Partei mit 37% der Stimmen vorne, gefolgt von ihrem derzeitigen Regierungspartner Erfolgreiches Armenien, die aktuell 34% der Stimmen erhält, gefolgt vom Nationalen Armenischen Volkskongress, der auf 8,5% der Stimmen kommt. Die Revolutionäre Armenische Vereinigung und die Partei Vorrang des Rechts kommen beide auf 6,7%. Die Erben-Partei erreichte in den Umfragen 5,5% der Stimmen... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

Mario Draghi spricht sich für Strukturmaßnahmen zur Stärkung des Wachstums aus

In einer Rede vor den Mitgliedern des Wirtschaftsausschusses des Europäischen Parlaments am 25. April sagte Mario Draghi, der Präsident der europäischen Zentralbank, dass "das Wachstum



unterstützt werden sollte durch externe Nachfrage, sehr niedrige Zinsen für kurzfristige Kredite, wie auch durch unsere unkonventionellen Maßnahmen". Auch wenn bereits drastische Maßnahmen ergriffen wurden, so dürfe jetzt in den Bemühungen nicht nachgelassen werden. Mario Draghi spricht sich für Strukturreformen aus, die zu Wachstum und Beschäftigung führen werden. Er sprach darüber hinaus vom "gemeinsamen Interesse der Eurozone", die gegenseitige Kontrolle der Wirtschafts- und Haushaltspolitik erfordere. Abschließend präzisierte er, dass er nicht gegen das europäische Sozialmodell sei, dass jedoch jedes Sozialmodell belastbar sein müsse und nicht auf Verschuldung basieren könne... [Fortsetzung](#)

Deutschland bestätigt seine Wachstumsprognose



Am 25. April bestätigte die deutsche Regierung ihre Wachstumsprognose für 2012 in Höhe von 0,7% und in Höhe von 1,6% für das Jahr 2013. Nach Aussage des Bundeswirtschaftsministers Philipp Rösler sind die positiven Aussichten Beleg für die Wirksamkeit der Haushaltskonsolidierung und der Strukturreformen. Er fügte hinzu, dass "dies eine wichtige Nachricht an unsere europäischen Partner ist". Die Vorhersagen des IWF liegen leicht unter denen der Bundesregierung (+0,6% in 2012 und +1,5% in 2013), hingegen zeigten sich die wichtigsten deutschen Wirtschaftsinstitute optimistischer in ihren Frühjahrsgutachten, das am 19. April vorgestellt worden war (+0,9% für 2012 und +2% für 2013). Nach Aussage Philipp Röslers gilt es nach wie vor, vorsichtig zu sein, da die Schuldenkrise der Eurozone noch nicht überwunden sei... [Fortsetzung](#)

Einigung in Belgien zur Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt



Am 27. April einigten sich die zuständigen belgischen Minister über einen Fahrplan zur Rückkehr zu einem ausgeglichenen Haushalt bis zum Jahr 2015. Die Einigung basiert auf dem belgischen "Stabilitätsprogramm", das von einem öffentlichen Defizit in Höhe von 2,8% des BIP in 2012 ausgeht, von 2,15% in 2013 und von 1,1% in 2014 (für den föderalen Staat, die Sozialversicherung und die regionalen und Kommunalbehörden). Das Vorhaben der Regierung unter Elio Di Rupo, bis zum Jahr 2015 einen ausgeglichenen Haushalt zu präsentieren, wurde ebenso bestätigt... [Fortsetzung](#)

24,4% der aktiven Bevölkerung Spaniens sind arbeitslos



Nach neusten Zahlen, die das spanische nationale Statistikinstitut am 27. April veröffentlichte, gab es im ersten Quartal 2012 in Spanien 5 639 500 Arbeitslose. Die Arbeitslosenquote beträgt demnach 24,44% der aktiven Bevölkerung, ein Anstieg von 1,59%. Unter den autonomen Regionen verzeichnet Andalusien die höchste Arbeitslosenquote mit 33,17%, die niedrigste Quote weist das Baskenland auf mit 13,55%... [Fortsetzung](#)

Rezession in Griechenland schlimmer als zunächst angenommen



Nach neusten Zahlen, die die griechische Nationalbank am 24. April in ihrem Wirtschaftsjahresbericht veröffentlichte, wird es 2012 in Griechenland voraussichtlich ein Negativwachstum in Höhe von 5% geben. In diesem Fall wird die Rezession schwerer sein als zunächst im März vorhergesagt. Ursprünglich war das Institut von einer Rezession in Höhe von 4,5% des BIP ausgegangen. Die Arbeitslosenquote wird für 2012 auf 19% geschätzt (gegenüber 17,7% in 2011), während die Inflationsrate auf 1,2% sinken dürfte... [Fortsetzung](#)

Weiter steigende Arbeitslosigkeit in Frankreich

Nach neuesten Angaben vom 26. April gab es in Frankreich Ende März 2012 insgesamt 2 884 500 Arbeitssuchende der "Kategorie A" (die eine unbefristete Vollzeitbeschäftigung suchen). Im Vergleich zum Vormonat



stieg die Quote um 0,6% an. Der Anstieg betrifft alle Berufe, alle Altersstufen und ist auch in anderen Kategorien von Arbeitssuchenden zu verzeichnen. Die Langzeitarbeitslosigkeit nimmt ebenso weiter zu... [Fortsetzung](#)

Sparplan in Ungarn



Die ungarische Regierung hat am 23. April schriftlich gegenüber Brüssel seine Sparpläne bekannt gemacht, in der Absicht, hierdurch ein Einfrieren der europäischen Hilfgelder zu verhindern. Der ungarische Wirtschaftsminister sagte hierzu: "Die Regierung hat ihr Programm Kalman Szell 2.0 an Brüssel geschickt, das einen Konvergenzplan enthält. Die Regierung hofft, dass so innerhalb von 8 Jahren ein Ausweg aus dem Verfahren aufgrund exzessiven Defizits gefunden werden kann". Mitte März hatten die europäischen Finanzminister dafür gestimmt, für Ungarn vorgesehene Hilfgelder in Höhe von 495 Millionen Euro aus dem Kohäsionsfonds einzufrieren, da es wiederholt zu einem exzessiven Defizit gekommen war. Die Entscheidung erfolgte aufgrund eines Vorschlags der Europäischen Kommission. Das Einfrieren der Gelder betrifft den Zeitraum ab Januar 2013, die Sanktion kann jedoch jederzeit mit sofortiger Wirkung aufgehoben werden, falls Ungarn bis zum 22. Juni Korrekturmaßnahmen ergreift... [Fortsetzung](#)

Schlußfolgerungen nach dem 6. Kontrollbesuch der Troika in Irland



Am 26. April gaben die Europäische Kommission, die Europäische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds bekannt, dass Irland die Haushaltsziele für 2011 mit einem "komfortablen Spielraum" eingehalten habe und sich für 2012 "auf gutem Wege" befände. Die drei Institutionen betonten die Fortschritte des Landes bei der Umsetzung der Agenda für Wachstum und Beschäftigung, die aufgrund der Verschlechterung der wirtschaftlichen Situation verabschiedet worden war. Es gilt jedoch nach wie vor "beachtliche Herausforderungen" zu meistern. Das Wachstum ist gefährdet angesichts des schwachen Wirtschaftswachstums der Handelspartner des Landes, die Binnennachfrage ist schwach und es bleibt schwierig, Finanzierungszusagen durch Kreditinstitute auf den Finanzmärkten zu erhalten... [Fortsetzung](#)

Sparhaushalt in den Niederlanden



Am 26. April einigten sich die niederländischen Abgeordneten auf einen Sparhaushalt für das Jahr 2013, durch den das öffentliche Defizit auf unter 3% des BIP reduziert werden soll. Die Mitglieder der Regierungskoalition bestehend aus den Liberalen (VVD), Partei des Premierministers Mark Rutte, und Christdemokraten (CDA) konnten die Zentristen (D66), die Grünen und die Partei ChristenUnie als Unterstützer gewinnen. 77 Abgeordnete von insgesamt 5 Parteien stimmten für den Sparhaushalt (insgesamt gehören dem Parlament 150 Abgeordnete an), der eine Erhöhung der Mehrwertsteuer vorsieht und Kürzungen im Gesundheitsbudget, wie auch das Einfrieren mancher Beamtengehälter... [Fortsetzung](#)

Großbritannien in Rezession



Am 25. April bestätigte der britische Finanzminister George Osborne, dass Großbritannien sich nunmehr offiziell in einer Rezession befindet, nachdem auch im 1. Quartal 2012 ein Negativwachstum von 0,2% verzeichnet werden musste, nach einem Negativwachstum von 0,3% im 4. Quartal 2011... [Fortsetzung](#)

Europäischer Rat :

Vorschläge Herman Van Rompuy zur Stärkung des Wachstums

Am 26. April teilte Herman Van Rompuy, Ratspräsident der Europäischen Union, in einer Rede anlässlich des Business European



Summit seine Vorschläge zur Stärkung des Wachstums in Europa mit. Nach Ansicht von Rompuys müssen die wirtschaftlichen Systeme anpassungsfähig gemacht werden für sich ändernde Situationen. Für die Unternehmen gäbe es vier Wachstumsfaktoren: Innovationsideen und ein Sinn für Innovation, kompetente Mitarbeiter, ein Kapitalstock, um Investitionen zu finanzieren und florierende Märkte. Er betonte die Wichtigkeit der Beschäftigung von jungen Menschen, die durch Berufsausbildungen und Förderung der Mobilität innerhalb Europas besonders unterstützt werden müsse... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Geplanter EU-Haushalt 2013



Am 25. April bat die Kommission die Mitgliedsländer um eine Erhöhung ihrer Beitragszahlungen für den EU-Haushalt 2013 in Höhe von 6,8%. Dieser Vorschlag stößt auf Widerstand, da einige Länder, die sich als Haupteinzahler in den Rettungsfonds sehen (Frankreich, Deutschland, Niederlande, Finnland, Österreich) eine Erhöhung ihres Beitrags ablehnen. Ziel der Beitragsanpassungen ist die Stärkung von Wachstum und Beschäftigung. Insgesamt umfasst der Haushalt 2013 150,9 Milliarden Euro an Mitteln für Verpflichtungen und 137,9 Milliarden Euro an Mitteln für Zahlungen... [Fortsetzung](#)

Gedrückte Stimmung in europäischer Wirtschaft



Wie die europäische Kommission am 26. April bekannt gab, ist die Zuversicht angesichts der wirtschaftlichen Situation im Monat April konstant geblieben bezogen auf die Europäische Union insgesamt, bezogen auf die Eurozone gab es einen Rückgang von 1,5%. Besorgnis herrscht insbesondere angesichts der Situation in der Industrie und im Dienstleistungssektor. Abgesehen von Deutschland liegt der Index in sämtlichen Mitgliedsländern unter seinem langfristigen Mittelwert. Der Index ist praktisch gleich geblieben in Frankreich, es gab einen starken Anstieg in Großbritannien und er war stark rückläufig in Spanien und Polen... [Fortsetzung](#)

Parlament :

Ausweitung des Anwendungsbereichs für Transaktionssteuer



Am 25. April stimmten die Abgeordneten des Wirtschaftsausschusses des europäischen Parlaments mit 33 gegen 11 Stimmen für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer. In ihrem Beschluss folgen sie den Vorschlägen der Europäischen Kommission, allerdings fordern sie eine Erweiterung des Anwendungsbereichs auf ausländische Finanzinstitutionen, falls diese auf europäischem Gebiet tätig sind. Frankreich und Deutschland unterstützen die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, Großbritannien lehnt sie kategorisch ab... [Fortsetzung](#)

Rat :

Beschlüsse des Ratstreffens "Justiz und Inneres"



Am 26. April stimmten die 27 Justiz- und Innenminister endgültig für die neue Vereinbarung mit den USA bezüglich des Austauschs von Fluggastdaten. Die Einigung sieht einen gegenseitigen Informationsaustausch vor, wie auch umfassenden Datenschutz bezüglich der persönlichen Daten und eine verstärkte Verpflichtung zur Informationsweitergabe an Passagiere und eine Ausweitung der Rechtsmittel für die Betroffenen. Die Vorgaben der neuen Einigung sollen am 1. Juni 2012 in Kraft treten. Darüber hinaus einigten sich die Minister auf eine Richtlinie, die Informationsrechte in Strafprozessen festschreibt. Das Ziel ist eine Stärkung des "Rechts, über seine Rechte informiert zu werden". Im Falle einer Verhaftung sollen die Betroffenen das Recht auf medizinische Notfallbehandlung erhalten und das Recht auf freien Zugang zu Auszügen aus den Prozessakten... [Fortsetzung](#)

Unterstützung für besonders hilfsbedürftige Landwirte



Am 26. April diskutierten die 27 Agrarminister der EU über Direktzahlungen an Landwirte, insbesondere an besonders unterstützungsbedürftige. Inhalt der Gespräche waren spezifische Maßnahmen für kleine oder sehr junge Landwirte, oder solche, die sich in besonderen Schwierigkeiten befinden. Die Minister erörterten die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Auswirkungen einer solchen Unterstützung. Sie forderten die Kommission zur Überarbeitung ihrer Vorschläge auf, insbesondere zu einer Vereinfachung der administrativen Wege. Bezüglich des Fischfangs äußerten die Minister sich dahingehend, dass eine Regionalisierung der europäischen Fischereipolitik zu einem einfacheren Management führen würde. Einige Minister waren der Ansicht, dass Zugeständnisse in diesem Bereich nur auf freiwilliger Basis erfolgen sollten... [Fortsetzung](#)

Diskussionen über Kohäsionspolitik



Am 24. April einigten sich die 27 Europaminister auf einen gemeinsamen Ansatz zur europäischen Kohäsionspolitik für den Zeitraum 2014-2020 in Erwartung der Position des Europäischen Parlamentes, das sich demnächst in erster Lesung mit dem Thema befassen wird. Die Einigung umfasst auch das Thema nachhaltiges Wachstum... [Fortsetzung](#)

Diplomatie :

Neue Partnerschaft zwischen EU und ASEAN



Zum Abschluss des Gipfeltreffens zwischen der Europäischen Union und ASEAN (Association of Southeast Asian Nations) am 26. und 27. April wurden zwei Wirtschaftsabkommen im Umfang von 20 Millionen Euro unterzeichnet. Das erste Abkommen namens "ARISE" soll die wirtschaftliche Integration der Region fördern und dem gemeinsamen Markt zugute kommen. Das zweite Abkommen namens "READI" soll in erster Linie einem verstärkten Dialog zwischen der Union und der ASEAN-Region dienen (Zusammenarbeit in den Bereichen Technologie, Energie und Innovation)... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Berlin verabschiedet Demographiestrategie



Nach offiziellen Schätzungen des Bundesamtes für Statistik wird die deutsche Bevölkerung von 81,7 Millionen bis zum Jahr 2050 auf 75 Millionen schrumpfen, die Zahl der älteren Menschen im Alter über 80 wird sich bis zum Jahr 2030 verdoppeln. Diese demographischen Entwicklungen werden enorme Auswirkungen haben. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich präsentierte vor diesem Hintergrund am 26. April eine neue Studie mit dem Titel "Jedes Alter zählt". In der Studie wurden 6 Handlungsfelder bestimmt, unter anderem die Unterstützung für Familien, die Verlängerung der Lebensarbeitszeit und die engere Vernetzung zwischen Stadt und Land. In jedem Bereich sind Maßnahmen geplant, wie zum Beispiel die Verbesserung der Kinderbetreuungsmöglichkeiten oder verbesserte Maßnahmen zur Prävention von Krankheiten... [Fortsetzung](#)

Zypern :

Neuer Leiter der zypriotischen Zentralbank



Zypern hat am 28. April einen Universitätsprofessor zum neuen Leiter seiner Zentralbank nominiert, zu einem Zeitpunkt, zu dem sich das Land in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten befindet, insbesondere aufgrund der Belastung seiner Banken durch die Schuldenkrise Griechenlands. Panicos Demetriades, ehemaliges Mitglied der Zentralbank und aktuell Englischprofessor an der Universität von Leicester (UK), wird Nachfolger von Athanasios Orphanides im Amt des Zentralbankchefs, für einen Zeitraum von 5 Jahren, beginnend am 3. Mai... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Rezession in Spanien



Spaniens BIP ist im ersten Quartal im Vergleich zum letzten Quartal 2011 um 0,3% zurück gegangen. Dies ist bereits das 2. Quartal in Folge mit einem Negativwachstum: Im letzten Quartal 2011 war im Vergleich zum vorherigen Quartal bereits ein Rückgang von 0,3% zu verzeichnen. Diese Angaben beruhen auf vorläufigen Schätzungen, die am 30. April veröffentlicht wurden. Das nationale Statistikinstitut INE teilte mit, dass diese Situation "die Konsequenz aus einer zu geringen Binnennachfrage ist, die nur teilweise durch eine positive Nachfrage von außen ausgeglichen wurde" (Exporte und Tourismus). Spanien, das seit 2008 unter dem Zusammenbruchs des Wirtschaftsmotors, der Bauwirtschaft, leidet, wobei genau zu diesem Zeitpunkt auch die internationale Wirtschaftskrise begann, schwankt seit 2008 zwischen Rezession und tragem Wachstum, während die Zahl der Arbeitslosen stetig zunimmt...

[Fortsetzung](#)

Sparhaushalt für Spanien



Am 27. April veröffentlichte die spanische Regierung ihre Wirtschaftsprognose für die kommenden Jahre, basierend auf einer Wachstumsannahme in Höhe von 0,2% des BIP für 2013 und mit dem Ziel eines ausgeglichenen Haushalts für 2016. "Für 2013 gehen wir von einem leichten Wachstum des BIP aus" in Höhe von 0,2%, wie der spanische Wirtschaftsminister Luis de Guindos anlässlich des Ministerrates bekannt gab. Aktuell befindet sich das Land erneut in einer Rezession, nach Aussage der Regierung wird 2012 mit einem Negativwachstum in Höhe von 1,7% gerechnet. Am 24. April kündigte der spanische Haushaltsminister Cristobal Montoro an, dass der Haushalt 2012 "der rigideste Sparhaushalt der Demokratie" sei. Er betonte, dass dieser notwendig sei, um die Krise und die Rezession zu überwinden, die eine Woche zuvor bestätigt worden war... [Fortsetzung](#)

Inspektionsbericht des IWF zum spanischen Finanzsektor



Der Internationale Währungsfonds (IWF) hat am 25. April seine ersten Schlussfolgerungen aus der Inspektion des spanischen Finanzsektors veröffentlicht, die alle 5 Jahre erfolgt. Der IWF spricht sich für eine schnellere Bankensanierung aus, jedoch äußert er sich auch positiv angesichts der bisher erreichten Fortschritte. Der spanische Bankensektor sorgt für große Besorgnis an den Finanzmärkten, da er seit dem Platzen der Immobilienblase 2008 angegriffen ist. Ende 2011 wiesen die spanischen Banken in ihren Bilanzen 184 Milliarden Euro an problematischen Immobilienaktiva aus, 60% ihres Gesamtportfolio, wie die spanische Nationalbank am 27. April mitteilte... [Fortsetzung](#)

Italien :

59,46 Millionen Einwohner in Italien



Nach vorläufigen Ergebnissen der letzten Volkszählung, die das Statistikinstitut Istat am 27. April veröffentlichte, gab es in Italien am 9. Oktober 2011 insgesamt 59,464 Millionen Einwohner und damit +2,468 Millionen im Vergleich zu 2001. Die den Daten zugrunde liegende Volkszählung wurde in den letzten Monaten des Jahres 2011 durchgeführt. Aus den Daten ist ersichtlich, dass die Zahl der regulär in Italien ansässigen Ausländer von 1,334 Millionen im Jahr 2001 auf 3,769 Millionen im Jahr 2011 angestiegen ist; der Ausländeranteil beträgt nunmehr 6,34% der Gesamtbevölkerung gegenüber 2,34% vor zehn Jahren. Istat gab bekannt, dass "der hohe Anstieg der Zahl der ausländischen Mitbürger entscheidend zum Anstieg der Gesamtbevölkerung des Landes beiträgt; er bestätigt die Tendenz der demographischen Stagnation der italienischen Bevölkerung." Nach Angaben Istats ist die Zahl der Familien in Italien innerhalb der letzten 10 Jahre gestiegen, von 21,810 Millionen auf 24,512 Millionen, allerdings ist die durchschnittliche Größe der Familien von 2,6 Personen auf 2,4 Personen gesunken... [Fortsetzung](#)

Niederlande :

Auflösung des Parlaments in den Niederlanden und Neuwahlen am 12. September



Die niederländische Königin Beatrix forderte Premierminister Mark Rutte in einem offiziellen Schreiben vom 25. April zur Parlamentsauflösung auf. Der niederländische Premierminister bestätigte am 27. April, dass die vorgezogenen Neuwahlen, die nach dem Rücktritt seiner Regierung am 23. April unvermeidbar sind, am 12. September stattfinden werden... [Fortsetzung](#)

Polen :

2. europäisch-chinesisches Wirtschaftsforum



Am 26. April gab der chinesische Premierminister Wen Jiabao auf dem 2. europäisch-chinesischen Wirtschaftsforum in Warschau bekannt, dass sein Land 10,5 Milliarden Dollar in Form von Krediten und Investmentfonds investieren wolle. Ziel sei die Finanzierung Zentral- und Osteuropäischer Kooperationsprojekte, insbesondere in den Bereichen Infrastruktur, neue Technologien und Ökotechnologie. Durch die geplanten Finanzierungen erhält China Zugang zu den europäischen Märkten... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Regierungssturz durch Opposition, Victor Ponta wird neuer Premierminister



Der rumänische Präsident Traian Basescu hat am 27. April den Vorsitzenden der linken Opposition, Victor Ponta, zum neuen Premierminister ernannt. Er ist Nachfolger von Mihai Razvan Ungureanu, der drei Monate im Amt war, bevor er am 27. April durch ein Misstrauensvotum gestürzt wurde. Viktor Ponta, 39 Jahre alt, erklärte: "Es handelt sich um ein begrenztes Mandat, bis zu den Parlamentswahlen [die für November vorgesehen sind], während dieser Zeit werde ich versuchen, eine Regierung zu führen, die den Rumänen wieder Hoffnung gibt, dass sich die Dinge in die richtige Richtung entwickeln werden". Viktor Ponta hat 10 Tage Zeit, eine Regierung zu bilden, der das Parlament zustimmen muss... [Fortsetzung](#)

Ukraine :

Europa ist empört über Situation Julia Timoschenkos



Seit dem 20. April befindet sich die ehemalige Premierministerin der Ukraine und aktuelle Oppositionsangehörige Julia Timoschenko im Hungerstreik, um auf die politischen Repressionen in der Ukraine aufmerksam zu machen. Aufgrund der Anschuldigungen wegen schlechter Behandlung im Gefängnis äußerte die Menschenrechtsbeauftragte des Obersten Rates der Ukraine, Nina Karpachova, dass die Taten den Tatbestand der "Folter" gemäß Artikel 3 der Europäischen Menschenrechtskonvention erfüllen würden. Auch die Europäische Union, die sehr besorgt ist angesichts der aktuellen Situation, äußerte ihre Empörung angesichts der Lage Julia Timoschenkos. Bundespräsident Joachim Gauck annullierte einen für Mai geplanten Ukraine-Besuch, um seine Unzufriedenheit mit dem Schweigen der ukrainischen Regierung zum Ausdruck zu bringen. Als Reaktion ordnete der ukrainische Präsident Viktor Janukowitsch eine Untersuchung der gegenüber Timoschenko laut ihren Angaben verübten Gewalttaten durch den Generalstaatsanwalt an... [Fortsetzung](#)

Boycott der Fußball-Europameisterschaft 2012?



Angela Merkel und ihre Regierungsmitglieder werden eventuell nicht in die Ukraine reisen, um sich die Spiele der Fußball-Europameisterschaft 2012 anzusehen, die von Polen koorganisiert werden und vom 8. Juni bis zum 1. Juli dauern werden, falls die Oppositionsangehörige Julia Timoschenko bis zu diesem Zeitpunkt nicht aus der Haft entlassen wurde. Der Präsident der Europäischen Kommission, José Manuel Barroso, hat "nicht die Absicht", sich in die Ukraine zu begeben, um an den Ereignissen im Rahmen der Fußball-Europameisterschaft 2012 teilzunehmen, angesichts der politischen Situation im Land, wie sein Pressesprecher am 30. April bekannt gab. Mehrere Mitgliedsländer der Europäischen Union teilten im Laufe der letzten Woche ihre Besorgnis mit angesichts der Situation Julia Timoschenkos. Darüber hinaus forderte Uli Hoeness, Präsident von Bayern München, einem der größten Fußballvereine in Europa, den UEFA-Vorsitzenden, Michel Platini, auf, auf die ukrainischen Verantwortlichen Druck

Europarat :

Debatte zur Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern: eine Bedingung für den Erfolg des arabischen Frühlings



Die Erfolgsvoraussetzungen für den 'Arabischen Frühling' waren eines der Hauptthemen der parlamentarischen Versammlung des Europarates, die vom 23. bis zum 26. April in Straßburg tagte. In einer Resolution zur Gleichheit zwischen Männern und Frauen forderten die Mitglieder der parlamentarischen Versammlung die betroffenen Länder, die sich in der Wandlung hin zu demokratischen Staaten befinden, dazu auf, die Rechte von Frauen in der Gesellschaft zu stärken und Frauen insbesondere einen Platz in den öffentlichen gewählten Ämtern zu garantieren. Die Rechte der Familie und der Kampf gegen Gewalt gegen Frauen bedürfen nach den Empfehlungen in der Resolution eines modernisierten rechtlichen Rahmens... [Fortsetzung](#)

Rechtsprechung :

Ehemaliger Präsident Liberias von UN-Sondergerichtshof verurteilt



Am 26. April verurteilte der UN-Sondergerichtshof für Sierra Leone den ehemaligen Präsidenten Liberias, Charles Taylor, wegen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, aufgrund seiner Verantwortlichkeit für Ausschreitungen seiner Anhänger während des Bürgerkriegs in Sierra Leone. Er wurde in 11 Punkten schuldig gesprochen, darunter Terrorismus, Vergewaltigung, Morde, sexuelle Versklavung, "unmenschliche Taten", darunter das Abhacken von Gliedmaßen und den Einsatz von Kindersoldaten. Das Strafmaß wird am 30. Mai bekannt gegeben werden. Durch das Urteil wird Charles Taylor zum 1. Staatschef, der von der internationalen Gemeinschaft verurteilt wird, seit den Nürnberger Prozessen 1945-1946. Das Urteil wurde von der zuständigen Staatsanwältin des Tribunals, Brenda J. Hollis, ebenso begrüßt wie von der internationalen Gemeinschaft... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Niedrigeres öffentliches Defizit und höhere öffentliche Verschuldung



Nach aktuellen Zahlen, die Eurostat am 23. April veröffentlichte, verringerte sich im Jahr 2011 das öffentliche Defizit im Euroraum wie auch in der Europäischen Union (von 6,2% im Jahr 2010 auf 4,2% im Jahr 2011 in der Eurozone und von 6,5% auf 4,5% in der EU). Der öffentliche Schuldenstand ist im gleichen Zeitraum von 85,3% auf 87,2% in der Eurozone gestiegen und von 80% auf 82,5% in der Union. Das höchste Defizit weist Irland auf (-13,1%), gefolgt von Spanien (-8,5%) und Griechenland (-9,1%), die niedrigsten Defizite konnten Finnland (-0,5%), Luxemburg (-0,6%) und Deutschland (-1%) verzeichnen... [Fortsetzung](#)

Arbeitskosten in EU schwanken zwischen 3,50 EUR und 39,30 EUR



Im Jahr 2011 betrugen die durchschnittlichen Arbeitskosten pro Stunde in der Europäischen Union 23,10 EUR, innerhalb der Eurozone lagen sie bei 27,60 EUR. Hinter diesen Durchschnittswerten verbergen sich große Abweichungen zwischen den einzelnen Mitgliedsländern, die Spannbreite geht von 3,50 EUR bis 39,30 EUR. Die höchsten Arbeitskosten pro Stunde weist nach den aktuellen Veröffentlichungen von Eurostat Belgien auf (39,30 EUR), gefolgt von Schweden (39,10 EUR) und Dänemark (38,60 EUR), Frankreich (34,20 EUR), Luxemburg (33,70 EUR), Niederlande (31,10 EUR) und Deutschland (30,10 EUR). Die niedrigsten Arbeitskosten pro Stunde gab es in Bulgarien (3,50 EUR), Rumänien (4,20 EUR in 2010), Litauen (5,50 EUR) und Lettland (5,90 EUR)... [Fortsetzung](#)

Inflationsrate in der Eurozone bei 2,6%

Die Inflationsrate ist nach ersten Schätzungen in der Eurozone im April leicht zurück gegangen, von 2,7% bezogen auf ein Jahr auf 2,6%, wie Eurostat am 30. April bekannt gab. Es ist der 17. Monat in Folge, in



dem die Inflationsrate höher als 2% liegt und damit den von der Europäischen Zentralbank (EZB) als maximal angestrebten Höchstwert überschreitet, deren Hauptaufgabe die Garantie der Preisstabilität in der Eurozone ist... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

Empfehlungen an die Kommission bezüglich der Verwaltung von Strukturfonds



In einem am 26. April veröffentlichten Bericht kommt der EU-Rechnungshof zu dem Schluss, dass die Europäische Kommission ihre Verpflichtungen bei der Verwaltung der Strukturfonds nur zum Teil erfüllt. Die Kommission bemühe sich, Korrekturen vorzunehmen, allerdings dauert die Umsetzung sehr lang, worunter die Wirksamkeit leidet. Der Rechnungshof gibt in seinem Bericht Empfehlungen zur Verbesserung der Situation, insbesondere zu einer Beschleunigung der Verfahren oder zu finanziellen Aspekten, zum Beispiel die Sicherstellung, dass bei finanziellen Korrekturen alle Ausgaben berücksichtigt werden, auch Verwaltungs- und Kontrollkosten... [Fortsetzung](#)

Studie zur Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen (KMU)



Die europäische Zentralbank hat eine Studie veröffentlicht zur Kreditvergabe an kleine und mittlere Unternehmen in der Eurozone. Aufgrund der allgemeinen wirtschaftlichen Abschwächung sehen sich kleine und mittlere Unternehmen mit einem Auftragsrückgang konfrontiert. Sie mussten in leicht gestiegenem Ausmaß eine Bankenfinanzierung in Anspruch nehmen. Die Notwendigkeit der Fremdfinanzierung hat durch die Abnahme an Eigenmitteln zugenommen... [Fortsetzung](#)

Analyse der neuen ungarischen Verfassung



Das "Swedish Institute for European policy studies" veröffentlicht eine Analyse der neuen ungarischen Verfassung, die 2011 geändert wurde und seit dem 1. Januar 2012 in Kraft ist. Die schwedische Analyse beinhaltet eine rechtliche Begutachtung der Verfassung, wie auch eine Einordnung in den politischen Kontext und in die Geschichte Ungarns. Darüber hinaus werden auch die Reaktionen der Europäischen Union auf die Verfassungsänderungen dargestellt. Nach dem Fazit des Autors der Studie basiert die geänderte Verfassung eindeutig auf "konservativen" Werten, wie "Familie, Christentum und der Nation Ungarn". Nach Meinung des Autors liegt die Hauptgefahr der geänderten Verfassung jedoch nicht in einem möglichen Angriff auf die Menschenrechte, sondern in der Tatsache, dass durch die Verfassungsänderungen in erster Linie eine Regierungspartei ihre Machtposition bewahren will... [Fortsetzung](#)

"Arabischer Frühling: ein Jahr danach"



Die Bertelsmann Stiftung hat den 2. Band ihrer Studie "Europe in dialogue 2012" veröffentlicht mit dem Titel "The Arab Spring: one year after" ("Arabischer Frühling: ein Jahr danach"). In der Studie werden die Ereignisse analysiert, die die arabische Welt im vergangenen Jahr erschütterten, ebenso werden die politischen Entwicklungen und die Perspektiven der Demokratisierung erläutert, wie auch die Zukunft der arabisch-europäischen Zusammenarbeit... [Fortsetzung](#)

Kultur :

Picasso und Vollard: Das Genie und der Händler



Der Palazzo Cavalli Franchetti in Venedig zeigt bis zum 8. Juli die erste Ausstellung, die der Zusammenarbeit zwischen Pablo Picasso und dem Galeristen Ambroise Vollard (1868-1939) gewidmet ist. Vollard handelte auch mit Werken von Cézanne, Gauguin und Matisse. Er motivierte Picasso zu einzigartigen Grafikserien, darunter die berühmte Suite Vollard, die in Venedig zu sehen ist. Darüber hinaus werden vier weitere Grafikfolgen gezeigt: "Les saltimbanques", "Le chef-d'oeuvre inconnu" von

Deutsche Malerei 1890 bis 1930



Das nationale Kunstmuseum Dänemarks (Statens museum for kunst) zeigt bis zum 12. August eine Ausstellung, die der deutschen Malerei in den Jahren 1890 bis 1930 gewidmet ist. Gezeigt werden über 70 Werke von Kadinsky, Klee, Nolde und anderen, die die deutsche Kunstszene dieser Zeit prägten, der Geburtsstunde der Moderne. 1871 ist das Jahr der Reichsgründung Deutschlands, eine Zeit der Identitätsfragen, auch in der Kunst... [Fortsetzung](#)

Agenda :



2. Mai
Budapest
Präsidentenwahlen in Ungarn



3. Mai
Brüssel
Ratstreffen "Wirtschaft"

Moskau
Internationale Konferenz der Verteidigungsminister der NATO-Mitgliedsländer und der ehemaligen UDSSR über Raketenabwehrsysteme

Frankfurt/Main
EZB-Rat



6. Mai
Französische Präsidentenwahlen (2. Wahlgang)

Vorgezogene Parlamentswahlen in Griechenland

Allgemeine Wahlen (Präsidentenwahl und Regional- und Kommunalwahlen) in Serbien

Parlamentswahlen in Armenien

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



 Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;
Perle Baillard, Mélanie Laplace, Camille Stephan, Marion Zosi.

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas

informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? [{LINK}](#)